

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.

Über
Digitales
reden

DIGITALER  STAAT

Nr. 115 Berlin und Bonn

2. Mai 2024



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Corona – da war doch was?

(BS) Die Corona-Pandemie hat sich weltweit verbreitet. In Deutschland starben Tausende Menschen, unmittelbar oder mittelbar. Der mehrfache Lockdown hat Milliarden gekostet. Jetzt wird über eine Aufarbeitung der Corona-Pandemie diskutiert. Ich befürchte, dass unter „Aufarbeitung“ „Suchen nach Schuldigen“ verstanden wird und das hat mit Lessons Learned nichts zu tun.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mittelfristig eine andere Pandemie bekommen, die schwieriger zu händeln sein wird als Corona. War also Corona eine bessere Übung, bei der die Akteure nicht besonders gut brilliert haben? Eine sinnvolle Aufarbeitung wäre gut, aber längst hat auch hier die Pandemie-Demenz eingesetzt: Vieles ist längst vergessen, vieles ist verdrängt. Sicher muss jede einzelne Maßnahme auf den Prüfstein gestellt werden, wie z.B. die Entscheidung, gleichzeitig Schulen, Kindergärten und öffentliche Kinderspielplätze zu schließen. Die Bevorratung von Masken und anderen Produkten, die während der Pandemie Mangelware waren, ist an der Frage gescheitert, ob Bund oder Länder zuständig sind. Jetzt muss wieder jeder sehen, wie er klarkommt. Das ist eine vertane Chance.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Initiative zum Bevölkerungsschutz erfolgreich

(BS) Die hessische Initiative zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes war im Bundesrat erfolgreich. Der Entschließungsantrag „Umfassende Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch Bund und Länder“ wurde einstimmig angenommen.

Die gemeinsame Initiative fordert den Bund auf, den Bevölkerungsschutz fortzuentwickeln und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu gewährleisten. Der Antrag spricht sich vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, der Flutkatastrophe sowie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dafür aus, dass Bund und Länder ihre Investitionen verstärken.

Zehn Milliarden in zehn Jahren

Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU) erklärte zu dem Antrag: „Bund und Länder sind gemeinsam aufgerufen, diesem Thema Priorität einzuräumen. Dazu bedarf es auch weiterer finanzieller Investitionen, die aufgrund der existentiellen Bedeutung der Krisenresilienz unverzichtbar sind.“ Die Länder hätten bereits „umfangreiche“ Investitionen getätigt. „Die Innenministerinnen und Innenminister der Länder fordern den Bund seit längerem auf, seiner Zuständigkeit und Verantwortung für den Zivilschutz ebenfalls gerecht zu werden und Investitionen in Höhe von insgesamt zehn Milliarden Euro für diesen Bereich, nämlich eine Milliarde jährlich, zur Verfügung zu stellen“, so Poseck weiter. Zudem betone der Entschließungsantrag, dass es der Anpassung verschiedener Gesetze bedarf, um das Ehrenamt und die Eigenverantwortung der Menschen weiter zu stärken.

Thomas Strobl (CDU), Innenminister von Baden-Württemberg, ergänzte: „Der Bund springt hier viel zu kurz. Wir haben hier nach



Alle Landesinnenministerinnen und -minister haben einem Entschließungsantrag zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes im Bundesrat zugestimmt.

Foto: BS/FelixMittmeier, pixabay.com

wie vor eine glasklare Erwartung an den Bund, dass der Bund sich hier noch bewegt. [...] Deshalb fordern wir Länder einmal mehr den Bund auf, das konzentriert anzupacken und auch die Prioritäten im Haushalt entsprechend zu setzen. Noch haben wir die Zeit, den Bevölkerungsschutz gemeinsam auf einen modernen und den aktuellen Herausforderungen entsprechenden Stand zu bringen. Doch die Zeit läuft ab.“

Zeitenwende auch im Zivilschutz

„Für die Ampel bedeutet Zeitenwende 100 Milliarden zusätzlich für Militär, aber gleichzeitig Null Euro für den Zivilschutz, also den Schutz der Bevölkerung. Für die Sicherheit der Bevölkerung ist es wichtig, dass wir Länder einmal mehr unsere deutliche Erwartung an den Bund ausgedrückt haben, den Zivilschutz endlich so auszustatten, wie eine umfassende Zeitenwende es tatsächlich verlangt“, kritisierte der sächsische Innenminister Armin Schuster (CDU).

ASB und rechtsextrem: unvereinbar



Plakate auf einer Kundgebung in Berlin.

Foto: BS/ASB

(BS) Weder eine hauptamtliche noch eine ehrenamtliche Betätigung beim Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) ist mit menschenfeindlichen und rechtsextremen Positionen und Parteien vereinbar. Dazu hat der ASB-Bundesausschuss eine Richtlinie verabschiedet. Festgeschrieben wurden die Unvereinbarkeit eines ASB-Mandats und eine Mitgliedschaft in gesichert rechtsextremen Organisationen, die Unvereinbarkeit von Ehrenamt und Mitarbeit im ASB und rechtsextremistischer Agitation sowie die Unvereinbarkeit der direkten oder indirekten Zusammenarbeit mit rechtsextremen Organisationen und Parteien. Damit positioniert sich der Verband gegen das Erstarren demokratiefeindlicher Tendenzen und regelt den innerverbandlichen Umgang damit, heißt es von Seiten des ASB. „Der ASB wendet sich gegen jede Form von Extremismus und Menschenfeindlichkeit. Wir

treten diesen Entwicklungen immer dann energisch entgegen, wenn sie die Demokratie, das friedliche Zusammenleben und die verfassungsmäßige Ordnung in unserem Land bedrohen“, erklärte dazu der ASB-Bundesausschussvorsitzende Knut Fleckenstein.

Der ASB fühle sich der Tradition der Ideale des Humanismus wie Mitmenschlichkeit verpflichtet. Da Humanismus und völkischer Nationalismus nicht zusammenpassen, müsse sich der ASB diesen Herausforderungen und Bedrohungen stellen. „Gelebte soziale Verantwortung ist für uns ein umfassender Auftrag, der unsere Hilfen und Angebote vor Ort genauso umfasst wie die Bekämpfung von Fluchtursachen im Ausland oder den Schutz flüchtender Menschen und die Hilfe bei der Integration Geflüchteter. Mut zur Mitmenschlichkeit ist für uns keine Frage des Ortes“, so Fleckenstein weiter.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

29. April:

- Straftaten mit Extremismusbezug steigen

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

30. April:

- Warum brauchen wir ein Programm für eine Resilienzwirtschaft?

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

30. April:

- EfA-Prinzip ist nicht immer die beste Option

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Was nicht passt, wird passend gemacht

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

30. April:

- Bürgerrat zur Aufarbeitung der Pandemie

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom 7. Februar:](#)

- Klimaneutral digital

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS 10.–11. SEPTEMBER 2024

Lernen in und aus der Dauerlage

Pandemie als Proxy sehen

(BS) Spätestens seit der Corona-Pandemie ist er auch außerhalb von Fachkreisen bekannt. Als Virologe hat Prof. Dr. Hendrick Streeck, Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Bonn, eigene Akzente gesetzt. Dr. Eva-Charlotte Proll traf ihn zum Gespräch. Im Interview erklärt er, was aus der Pandemie gelernt werden muss und wie man das Robert Koch-Institut (RKI) in Zukunft aufstellen sollte.

Behörden Spiegel: *Wir hatten während der Corona-Pandemie gesperrte Parkbänke, abgeriegelte Spielplätze, widersprüchliche Kontaktbeschränkungen. Die Corona-Allgemeinverfügung und Gesetze haben Spuren eines überbordenden und übergreifenden Staates auch bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes hinterlassen. Viele Beamtinnen und Beamte hatten teilweise Hemmungen, die eine oder andere Beschränkung durchzusetzen. Wie lautet Ihre Bilanz der Pandemiebekämpfung?*

Prof. Dr. Hendrik Streeck: Es ist gar nicht so leicht, eine Bilanz zu ziehen. Deutschland ist weder besonders gut noch besonders schlecht durch die Pandemie gekommen. Wir würden uns allen einen großen Gefallen tun, wenn wir eine Aufarbeitung durchführen. Es geht nicht darum, mit dem Finger auf irgendjemanden zu zeigen oder irgendwelche Entscheidungen zu kritisieren, sondern um die Frage, wie wir das bei einer nächsten Krise besser machen. Die nächste Krise muss nicht unbedingt eine Pandemie sein. Es könnte ein Krieg oder eine Naturkatastrophe sein. Wir müssen die Pandemie als einen Proxy sehen und aus dieser Krise für andere Krisen lernen: von der Kommunikation bis hin zu Expertenberatungen. Wie sollen Experten zum Beispiel die Politik beraten, ohne dass man in eine „Expertokratie“ rutscht? Wir müssen das Spannungsfeld Politik – Wissenschaft – Öffentlichkeit beleuchten und die Aufgaben besser definieren.

Behörden Spiegel: *Hilft dabei die Veröffentlichung der geschwärzten Protokolle des Robert Koch-Instituts (RKI)?*



Zwischen alten und neuen Masken: Prof. Dr. Hendrick Streeck über die Pandemieaufarbeitung.

Foto: BS/Proll

Dr. Streeck: Die geschwärzten Protokolle haben mir eigentlich gezeigt, dass das RKI sehr ergebnisoffen und vielfältig in alle Richtungen diskutiert hat. Ich war sogar beruhigt, diese Protokolle zu sehen, weil sie gezeigt haben, dass das RKI sehr wohl unterschiedliche Meinungen oder auch unterschiedliche Bewertungen zur Grundlage ihrer Entscheidungen gemacht hat.

Ich sehe da keinen Skandal in den Protokollen, wie das manchmal gesagt wird. Der Skandal besteht für mich darin, dass so viel geschwärzt wurde. Es geht hier nicht um die Schwärzung von bestimmten Namen, sondern es geht um ganze Sachverhalte. Das gibt im Grunde Verschwörungstheorien oder sonstigen Interpretationen Auftrieb, den es nicht geben müsste. Daher wünsche ich mir umso mehr, dass man hier eine volle Transparenz schafft. Das hat der Bundesgesundheitsminister auch angekündigt. Es sollte auch kein Unterschied zwischen seiner Amtszeit und der Vorgängeramtszeit gemacht werden. Die Protokolle haben in meinen Augen auch gezeigt, dass das RKI sehr gut eine Rolle des Moderators unterschiedlicher Expertisen einnehmen kann und soll. Das RKI hätte nach außen treten und sagen können: Wir wissen, es gibt Dis-

kussionen um verschiedene Ansätze und unterschiedliche Bewertung der Datenlage. Wir haben beides abgewogen und deswegen geben wir folgende Empfehlung. Die Entscheidung treffen die gewählten Volksvertreter, also die Politik.

Behörden Spiegel: *Nicht nur der Politik wird seit Corona teilweise misstraut, durch diese Schwärzungen wird nun auch der Wissenschaft misstraut.*

Dr. Streeck: Ich habe im letzten Jahr immer wieder und auf verschiedene Weisen dafür geworben, dass wir eine Aufarbeitung der Pandemie brauchen. Das ist leider nicht erfolgt. Deswegen habe ich angefangen, ein Buch darüber zu schreiben, um aus meiner Sicht diese Lehren zu ziehen. Mein Blick im Buch ist nach vorne gerichtet und konzentriert sich darauf, was wir aus dieser Pandemie lernen, um es beim nächsten Mal besser machen zu können. Es wird den Titel „Nachbeben“ haben. Das Buch kommt im Herbst heraus, aber Abgabetermin ist jetzt. Dadurch setzen mich die Protokolle ein bisschen unter Druck, da ich an der einen oder anderen Stelle weitere Aspekte aufnehmen muss. *Fortsetzung auf Seite 4*

Fortsetzung von Seite 3

Aber ich glaube, auch von der Wissenschaftsseite sind wir es schuldig, Antworten zu geben, was vom Stand der Wissenschaft richtig gewesen ist und was nicht. Denn eines muss man festhalten: Die Datenlage der Pandemie wird nicht mehr besser werden. Wir werden nicht zusätzliche Daten erheben können, da die Pandemie vorbei ist. Wir werden nicht irgendwelche neuen Erkenntnisse aus dieser Zeit herausziehen können, weil die Studien, die in der Pandemie nicht durchgeführt wurden, jetzt nicht nachgeholt werden können. Da haben wir viel versäumt und das muss man ansprechen.

Behörden Spiegel: Zur Bewältigung von Krisen braucht es mehrdimensionale Betrachtungen. Auf der einen Seite haben wir die Lage, aus der man Schlüsse für Konsequenzen ziehen kann. Gleichzeitig ist eine reine Information, z. B. „die Infektionszahlen steigen“, noch kein Ausruf einer Krise. Nur weil man informiert, ist es noch kein Krisenmachen. Von der Bevölkerung wird das aber oft so empfunden. Sind wir in Deutschland nicht krisenresilient genug?

Dr. Streck: Hier kommen zwei unterschiedliche Betrachtungsweisen zusammen. Auf der einen Seite haben wir uns in der Pandemie zu sehr auf eine Fachexpertise versteift, nämlich die der Virologie. Die Antwort der Virologie auf die Infektions-

zahlen ist relativ simpel: Abstand halten, Kontakte beschränken. Dadurch hat man weniger Infektionszahlen. Wir haben die anderen Fachbereiche, Soziologie, Psychologie, Kinderärzte, ja sogar Philosophie, außer Acht gelassen. Zum Teil hatten wir in der Tat philosophische Fragestellungen. Hier haben wir zu wenig von anderen Expertisen gelernt.

Auf der anderen Seite ist die Frage nach der gesellschaftlichen Resilienz wichtig und aktuell, denn wir haben immer mehr Krisen. Eine gesellschaftliche Resilienz entsteht eben auch in der Demokratie vor allem dadurch, dass man Diskussionen führt und Meinungsvielfalt zulässt. Das Kanzleramt hat den Expertenrat „Gesundheit und gesellschaftliche Resilienz“ ins Leben gerufen, wo ich auch ein Teil von bin. Wir fangen jetzt erst an, zu arbeiten. Ich bin gespannt, was dabei rauskommt.

Behörden Spiegel: Sie fordern ein starkes und unabhängiges RKI. Sollte es vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) entkoppelt werden und wie sollte es dann aufgebaut sein?

Dr. Streck: Wir haben in der Pandemie, aber auch vor allem aus den RKI-Protokollen gelernt, dass wir ein gutes Institut mit guten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern haben, die aber zum Teil gehemmt waren, das zu machen, wofür sie da sind. Wir haben auch gelernt, dass wir besser mit so einem Infektionsgeschehen umgehen können, wenn wir ein handlungsstarkes RKI



Welche Lehren müssen aus der Corona-Pandemie für die nächste Krise gezogen werden?

Foto: BS/ Antonio Cansino, pixabay.com

haben. Dazu bedarf es aber einer gewissen politischen Unabhängigkeit. Es bedarf auch der Möglichkeit, dass das RKI unabhängig forschen kann. In dem Sinne, dass es z. B. einfach nach Heinsberg fährt und das Ausbruchsgeschehen erforscht, ohne vorher Gelder zu beantragen oder den Ministerpräsidenten auf die Füße zu treten. Daher brauchen wir eine größere Unabhängigkeit, Handlungsfähigkeit und mehr Freiräume für die Wissenschaft.

Vielleicht kann man das ähnlich aufbauen, wie andere internationale Centers for Disease Control aufgebaut sind, die oft zweigeteilt sind: einmal unabhängige Forschung mit einem eigenen, unabhängigen Forschungstopf, auf der anderen Seite verantwortlich für Auftragsforschung.

Das Interview können Sie auch in [unserem Podcast](#) hören.

HEssenDIGITAL

DIGITALE VERWALTUNG IN HESSEN 29.MAI 2024, BAD HOMBURG

TOUCHDOWN

– FÜR DIE DIGITALE VERWALTUNG –

www.hedigital.de #hedigital24 www.behoerdenspiegel.de

Behörden Spiegel

Extremismusverdacht gegen Bremer Feuerwehrangehörigen

(BS) In der Hansestadt Bremen wurde ein Disziplinarverfahren gegen einen Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr Bremen eingeleitet. Es besteht ein Extremismusverdacht.

Neben der Einleitung eines Disziplinarverfahrens wurde dem betroffenen Mitarbeiter ein Verbot zum Führen der Dienstgeschäfte ausgesprochen. Die Wohnung und der Arbeitsplatz bei der Feuerwehr Bremen wurden durchsucht. Die Durchsuchung hatte zum Ziel, die dringenden Verdachtsmomente zu erhärten. Aufgrund der bisherigen Ermittlungsergebnisse besteht der Verdacht, dass der Beamte gegen die Verfassungstreuepflicht verstoßen habe, heißt es von Seiten des Senats.

Das Verfahren wurde aufgrund einer Anzeige wegen Beleidigung im Rahmen eines Verkehrsunfalles in Bremen Ende Januar aufgenommen. Dabei soll der Beamte gegenüber beteiligten Personen fremdenfeindliche Äußerungen getätigt haben, woraufhin die Polizei Bremen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Der Mann trug bei dem Zwischenfall Dienstkleidung der Feuerwehr Bremen.

Kein Platz für Rechtsextremismus

Der Leiter der Feuerwehr Bremen, Philipp Heßemer, erklärte zu dem Sachverhalt: „Bis zum Abschluss der Untersuchung wird dem Mitarbeiter das Führen der Dienstgeschäfte und das Betreten der Dienstgebäude untersagt. Ungeachtet der weiteren Entwicklung möchte ich erneut klar betonen: Rechtsextremistisches und rassistisches Gedanken-



Bei der Feuerwehr Bremen wird gegen einen Mitarbeiter ermittelt.

Foto: BS/magicpen, pixelio.de

gut wird bei der Feuerwehr Bremen nicht geduldet! Wir werden die in den letzten Jahren erarbeiteten Konzepte verstärkt in die Anwendung bringen, um die Kolleginnen und Kollegen in der Erkennung von rechtem Gedankengut zu fördern und im Handeln gegen Rechtsextremismus zu stärken.“

Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) stellte klar: „In so großen Organisationen ist eine extremistische Gesinnung Einzelner nie auszuschließen. Wichtig ist, dass diese als solches erkannt wird und unverzüglich und konsequent darauf reagiert wird. Bei allen erheblichen Herausforderungen im Einsatzdienst darf insbesondere nach den Vorkommnissen im Jahre 2020 die Sensibilität gegenüber dem Thema Diskriminierung jeglicher Art nicht nachlassen.“

Schon 2020 rechte Vorfälle

Bereits vor einigen Jahren gab es Vorfälle ähnlicher Art. Schon damals sind Chats

mit rechtsradikalem Inhalt in einer Feuerwehrabteilung der Berufsfeuerwehr Bremen aufgetaucht. Die geteilten Inhalte der Chatgruppe erfüllten nach einer ersten strafrechtlichen Prüfung die Tatbestände der Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Ein anschließender Bericht der Untersuchung von Karen Buse, Präsidentin des Oberlandesgerichts Bremen a.D., die mit der Aufarbeitung beauftragt wurde, hatte es in sich. Schon damals hieß es: Eine Wiederholung der Vorfälle sei nicht ausgeschlossen.

Während ein strukturelles Problem zwar ausgeschlossen wurde, sei eine interne Bearbeitung und Problematisierung von Vorfällen dieser Art durch die Organisationskultur der Wehr schwer zu gewährleisten. "Die Organisationskultur der Feuerwehr, die sicherlich zutreffend als männlich, hierarchisch, traditionsverbunden und widerstandsfähig gegenüber Veränderungen charakterisiert wird, erschwert zudem die Integration von Personenkreisen mit abweichenden Merkmalen – Frauen, Migranten, Homosexuellen –, wobei die Vorbehalte im informellen Bereich angesiedelt sind, formal sind diese Gruppen gleichberechtigt. Diese für alle Berufsfeuerwehren in Deutschland zutreffende Beschreibung trifft bei der Feuerwehr Bremen auf die Besonderheit einer rückständigen, autoritären und angstbesetzten Führungskultur", schrieb Buse in ihrem Bericht.

Zukunft Personalmanagement
 Perspektiven für den Öffentlichen Dienst
 7. Mai 2024, Bonn



»» Jetzt kostenfrei anmelden!

Donnerstag, 20. Juni 2024

10:30–13:45 Uhr

Künstliche Intelligenz hilft Helfern – Unterstützung für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

MODERATION

Marlies Vossebrecker, Redakteurin, Behörden Spiegel

10:30 **Giulio Gulotta***, Abteilungsleiter Wissenschaft und Technik, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

10:50 **Axel Fielen***, Vorsitzender des Vorstandes, DRK Kreisverband Städteregion Aachen e.V.

11:10 **Michael Messtorff***, AG-Leiter Technische Suche und Ortung, Wasserwacht-Bayern

11:30 **Prof. Dr. Rolf Becker***, Fakultät Kommunikation und Umwelt, Hochschule Rhein-Waal

11:50 **Andreas Schmidt***, Vorsitzender, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Ortsgruppe Köln-Dünnwald e.V.

12:10 **Pause**

12:30 **Abschlussdiskussionsrunde**

MODERATION

Scarlett Lüsser, Redakteurin, Behörden Spiegel

N.N.*, Referatsleiter Grundlagen und IT-Verfahren im Krisenmanagement, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Dirk Aschenbrenner*, Präsident, Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V.

N.N.*, Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz

Dr. Monika Gähler, Leiterin Zentrum für satellitengestützte Kriseninformation, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)



Grafik: © VectorMine, stock.adobe.com

*Referentin/Referent angefragt

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon, Scarlett Lüsser. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.